blättchen
TREPTOW-KÖPENICK

Ausgabe Nr. 307 / Juli 2025

Die Linke
Bezirksverband Treptow-Köpenick

Superintendent Hans-Georg Furian spricht in Baumschulenweg bei der Kundgebung aus Solidarität mit dem angegriffenen Monir Kahn.

Demokratie verteidigen heißt: Haltung zeigen

Rechte Gewalt nimmt zu – Antifaschismus wird behindert.

Rechte Gewalt nimmt auch in Treptow-Köpenick zu. Das Register Treptow-Köpenick dokumentiert seit Jahren rechte, rassistische und antisemitische Vorfälle im Bezirk – und schlägt Alarm. Janine Löffler vom Register berichtet: „Insgesamt nehmen die Vorfälle zu. Letztes Jahr hatten wir eine Verdoppelung, in diesem Jahr sehen wir nochmal eine Steigerung auf diesem sehr hohen Niveau, mit Stand Mitte Juni um mehr als 10%.“ Ein neuer Schwerpunkt: das Allendeviertel. Gab es dort im gesamten Jahr 2024 noch 22 dokumentierte Vorfälle, sind es 2025 bereits 68 – und das nach nicht einmal sechs Monaten. Bei den körperlichen Angriffen blieben die Zahlen bezirksweit bisher stabil, diese würden aber deutlich brutaler.

Einer dieser Angriffe traf Ende April Monir Khan, den Ehemann der evangelischen Pfarrerin von Baumschulenweg, Carmen Khan (siehe auch das Interview mit Frau Khan auf S.2) . Die Tat hat viele Menschen erschüttert – rund 400 Personen kamen zu einer Kundgebung zusammen, um ihre Solidarität mit der Familie zu bekunden und ein deutliches Zeichen gegen Rassismus zu setzen.

Gleichzeitig werden Versuche, rechte Gewalt sichtbar zu machen, behindert. So sollte ein Bericht der Neuköllner Stadträtin Sarah Nagel (Die Linke) zum rechten Terror im Bezirk nicht veröffentlicht werden – die CDU störte sich an einzelnen Formulierungen. Statt rechte Gewalt zu verharmlosen oder unter den Teppich zu kehren, braucht es aber klare Haltung, Transparenz und politischen Druck. Gut, dass die TAZ den Bericht veröffentlichte. Ein antifaschistisches Fußballturnier in der Wuhlheide musste Ende Mai kurzfristig abgesagt werden, weil der zuständige CDU-Stadtrat die Veranstaltung mit dem Verweis auf den politischen Charakter untersagte. Ein fatales Signal und Ausweis eines fragwürdigen Kurses der CDU, dessen Höhepunkt bisher der Tabubruch im Bundestag Ende Januar war, als die CDU erstmals gemeinsame Mehrheiten mit der AfD herstellte.

Demokratie verteidigen heißt, aktiv zu werden – gegen Hass, Hetze und rechte Gewalt. Dabei können die Ausdrucksformen vielfältig sein: ob antifaschistisches Fußballturnier, „Omas gegen rechts“ oder ein AfD-Verbotsbeschluss im Bundestag – es gibt viele Möglichkeiten, in diesen Zeiten Haltung zu zeigen.

Moritz Warnke,
Bezirksvorsitzender
Die Linke Treptow-Köpenick

Sommerfest der LINKEN Treptow-Köpenick am 12. Juli

Der Bezirksverband der LINKEN Treptow-Köpenick lädt am Samstag, den 12. Juli 2025, zum Sommerfest ein. Gefeiert wird ab 14 Uhr in der Novilla, Hasselwerderstraße 22, 12439 Berlin-Schöneweide. Geboten werden Kaffee und Kuchen, Gegrilltes, Getränke sowie Angebote für Kinder – alles kostenfrei. Mitglieder, Freund:innen und Interessierte sind herzlich willkommen.

Gysi meint …

Angriff auf das Völkerrecht

„Der Angriff Israels und der USA auf den Iran gefährdet die nach dem 2. Weltkrieg entstandene internationale Ordnung in einem bisher nicht gekannten Ausmaß.

Das Völkerrecht wird zur Makulatur und endgültig durch das Recht des Stärkeren über den Schwächeren ersetzt. So richtig es ist, dass man verhindern muss, dass weitere Staaten in den Besitz von Atomwaffen kommen, so ablehnend wir das Regime im Iran sehen, so falsch ist es, mit eindeutig völkerrechtswidrigen Mitteln dagegen vorzugehen. Kein Zweck heiligt das Mittel des Angriffskrieges. Weder gegen Serbien noch gegen den Irak oder die Ukraine oder gegen den Iran. Zumal es ja bereits eine diplomatische Lösung gab. Mit dem 2015 abgeschlossenen Abkommen der fünf Veto-Mächte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und Deutschlands mit dem Iran waren wir durch die Kontrollen der Internationalen Atomenergiebehörde sicher vor Atombomben im Iran. Doch dieser diplomatische Erfolg wurde von der israelischen Regierung abgelehnt und von US-Präsident Trump 2018 gekündigt. Sie setzten nicht auf eine diplomatische, sondern auf eine militärische Lösung, deren Konsequenzen wir nun erleben müssen.

Dass sich der Iran anschließend nicht mehr an die vereinbarten Regelungen hielt, findet darin seine Ursache. Und es ist ein Fingerzeig auf das, was eine weitere Folge des verantwortungslosen Vorgehens des US-Präsidenten ist: ein gnadenloses Wettrüsten auch und gerade im atomaren Bereich. Denn wenn in den internationalen Beziehungen nur noch das Recht des Stärkeren gilt, verfügen nur die Staaten mit Atomwaffen über ein genügend großes Abschreckungspotential, um vor Angriffen einigermaßen sicher zu sein.

Wenn Europa und Deutschland international weiter eine Rolle spielen wollen, müssen sie dieser Entwicklung Einhalt gebieten. Die Zustimmung von Kanzler Merz zur „Drecksarbeit Israels“ ist das genaue Gegenteil davon, da man diese heraufbeschworen hat.

„Wir wollten nicht, dass die Kinder Angst vor Zuhause haben“

Die Pfarrerin Carmen Kahn im Interview

Carmen Kahn, Pfarrerin im evangelischen Vaterhaus Baumschulenweg

Frau Khan, der Angriff auf Ihren Mann geschah vor Ihrer Haustür. Wie haben Sie den Tag danach erlebt?

Das war die Nacht von Samstag auf Sonntag, kurz vor Mitternacht. Am Sonntag hatten wir ein großes Osterfest geplant, mit Kindern, Ponyreiten, Ostereiersuche, einem norwegischen Jugendchor. Und wir haben uns entschieden: Wir ziehen das durch. Wir wollten nicht, dass unsere Kinder – sie sind vier und sechs Jahre alt – ihr Zuhause plötzlich als gefährlichen Ort erleben. Es ging darum, dass das Leben für sie weitergeht.

Wie sprechen Sie mit Ihren Kindern über das, was passiert ist?

Wir haben ihnen nichts vorgemacht, aber wir erzählen langsam. Wenn sie fragen, geben wir ehrliche Antworten. Als unser Sohn nach sechs Wochen von sich aus zur Klassenfahrt wollte, war das ein echtes Zeichen von Selbstermächtigung. Und auch, dass er irgendwann fragte: „Wie ist das mit Papas Nase passiert?“ – da haben wir gesagt: „Papa wurde zusammengeschlagen.“ Und er hat das verstanden. Kinder spüren, wenn etwas nicht stimmt.

„Monir hat Todesangst“

Was ist nach dem Angriff noch passiert?

Ungefähr fünf Wochen später wurde unten am Gemeindeschaukasten die Glasscheibe eingeschlagen – wieder direkt vor unserer Tür. Monir war zu der Zeit nicht zuhause, aber als er kam und es sah, hatte er sofort Todesangst. Das hat mich richtig getroffen. Wir hatten eine Stunde lang mit zwei Nachbarinnen überlegt, ob das nicht auch einfach Zufall war. Aber eigentlich war uns klar: Er wohnt hier, es war gezielt.

Wie geht es Ihrem Mann heute?

Es ist ein Auf und Ab. Er war sechs Wochen krankgeschrieben, ist jetzt mit psychologischer Begleitung stufenweise wieder eingestiegen. Dass er sich zu einer Therapie entschlossen hat, war ein großer Schritt – denn er sagte anfangs: „Ich bin das Opfer. Warum muss ich jetzt auch noch Therapie machen?“. Es ist ungerecht, dass er jetzt die Scherben aufsammeln muss und trotzdem ist es wichtig, sich Hilfe zu holen, wenn man in Todesangst lebt.

„Die Bürokratie hilft nicht beim Heilen“

Wie erleben Sie die Reaktion der Behörden?

Erschöpfend. Die Unfallversicherung hat den Fall zunächst abgelehnt. Wir haben einen dreiseitigen Widerspruch geschrieben. Monir hat Respekt vor jedem amtlichen Brief. Dazu kommen unzählige Formulare zur Opferentschädigung. Das ist retraumatisierend. Man muss immer wieder beweisen, wie schlimm es war. Das hilft nicht beim Heilen.

Gab es konkrete Schutzmaßnahmen?

Es stand mal für ein paar Tage ein Polizeiwagen vor der Tür. Aber das gibt kein echtes Sicherheitsgefühl. Monir hat in der Nacht des Angriffs um Hilfe gerufen – niemand hat es gehört. Er sagte später: „Hier sind alles Roboter.“ Was wirklich hilft, ist, wenn Nachbar:innen sich solidarisieren, wenn die Zivilgesellschaft Haltung zeigt. Ich habe das Gefühl, dass der Zusammenhalt in der Nachbarschaft seit der Tat enorm gewachsen ist. Das tut gut zu sehen.

„Die Täter fühlen sich sicher“

Was wünschen Sie sich von Politik und Polizei?

Dass die Tat als das benannt wird, was sie war: ein rassistischer Angriff. Dass Täter nicht das Gefühl haben, es passiert ihnen sowieso nichts. Und dass wir als Gesellschaft aufhören, uns wegzuducken. Die Polizei soll ihre Arbeit machen und zusätzlich brauchen wir Menschen, die nicht schweigen.

Was bleibt für Sie als zentrale Erfahrung?

Ich habe erlebt, wie es ist, wenn jemand Todesangst hat. Und ich sehe: Es ist ein Privileg, das nicht zu müssen. Ich habe aber auch erlebt, wie wichtig es ist, nicht allein zu sein. Die größte Kraft kam aus der Solidarität im Kiez, aus Gesprächen, aus echter Anteilnahme.

Was jetzt zählt, ist, dass wir im Gespräch bleiben. Dass wir hinhören, reden, uns nicht zurückziehen. Genau so ein Format will ich auch in der Kirche verankern: Räume schaffen, in denen Menschen einander zuhören. Denn das ist es, was wirklich etwas verändert.

Das Interview führte Emily Lau.

Hinweis:

Die Linke hat im Berliner Abgeordnetenhaus eine Anfrage zum Stand der Ermittlungen gestellt. Noch gibt sich der Senat in der Antwort bedeckt und verweist auf die laufenden Ermittlungen des Staatsschutzes. Wir bleiben dran und werden berichten.

Mitmach-Werkstatt war großer Erfolg

Über 100 Genoss*innen beteiligten sich

Am 15. Juni trafen sich über 100 Genoss*innen im Tagungszentrum am Franz-Mehring-Platz zur bezirksweiten Mitmach-Werkstatt – bei 32 Grad! Statt Freibad stand politische Praxis im Mittelpunkt. Motto: Partei ist das, was du draus machst!

Unter den Teilnehmenden: viele der 617 Neumitglieder (Stand 24.06.2025) und erfahrene Genoss*innen. Bezirksvorsitzender Moritz Warnke eröffnete motivierend: „Manchmal scheitert man, aber das ist kein Grund, es nicht zu versuchen.“

Marie und Alev riefen zur Gründung neuer Arbeitsgruppen auf. Erste Ideen, etwa zur Rettung des Kinos Alt-Treptow, fanden schnell Mitstreiter*innen. Auf dem „Markt der Möglichkeiten“ präsentierten sich AGs wie „Die Linke hilft“ und der wiedervereinte Jugendverband. Auch der Chor „Solidarisches Singen“ fand neue Stimmen – ganz ohne Casting.

In drei Werkstattphasen ging es u. a. um nachhaltige Strukturen, Organizing, Social Media, politische Bildung und queerfeministische Perspektiven. Einige ruhende AGs wurden reaktiviert, neue Projekte angestoßen. Die Energie war den ganzen Tag spürbar:

*Werkstatt: Genoss*innen beraten bei der Mitmachwerkstatt in vielen Arbeitsgruppen über aktuelle Ziele und das Profil der Linken.*

Wir wollen gemeinsam etwas verändern.

Die Mitmach-Werkstatt war ein gelungener Auftakt – mit starker Vorbereitung, Kinderbetreuung und viel Engagement. Sie zeigte: Eine sozialistische Partei zum Mitmachen lebt – auch in Treptow-Köpenick.

Clara Erbes, Manuel Dierse
mitgliederarbeit@dielinke-treptow-koepenick.de
Telefon: 0177 300 13 93

AUS DEM Rathaus
TREPTOW-KÖPENICK
Ausgabe Nr. 307 / Juli 2025
Die Linke
Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Heimlich gestrichen!

Wie der Senat bei Kindern und Sozialem versteckt kürzt

Berlins Schwarz-Roter Senat unter Kai Wegner will mal wieder die Ausgaben zusammenstreichen und überlässt die schmerzhafte Arbeit den Bezirken. Warum das so ist, erklären wir in diesem Beitrag.

Jeder Bezirk erhält vom Senat einen großen Topf Geld, weil die Bezirke kaum eigene Einnahmen haben. Davon sind aber etwa 75–80% fest eingeplant. Das heißt, die Bezirke müssen das Geld per Gesetz für bestimmte Dinge ausgeben: etwa Sozialleistungen, Hilfen für Kinder und andere Pflichtaufgaben. Weitere große Teile des Bezirkshaushalts sind ebenfalls schon gebunden und kurzfristig nicht änderbar: Löhne für Beschäftigte, Mieten oder langfristige Verträge.

Die Pflichtaufgaben werden aber teurer. Wir alle haben die Inflation an der Supermarktkasse gespürt. Auch Sozialleistungen sind deshalb teurer geworden. Wenn ein Kind in einer Notsituation in einer Sozialen Einrichtung untergebracht werden muss, kostet es jetzt viel mehr als vor ein paar Jahren. Weil durch Corona viele Kinder aus dem Gleichgewicht geraten sind, gibt es viel mehr Fälle, in denen geholfen werden muss. Die Nachfrage nach Hilfe steigt. Die Bezirke müssen also mehr leisten – für mehr Geld. Auch die Löhne für die Beschäftigten im Amt steigen, weil Tariferhöhungen stattgefunden haben.

Normalerweise gibt es die Regel, dass diese Pflichtausgaben komplett vom Senat bezahlt werden, besonders dann, wenn die Kosten unverschuldet steigen, etwa wegen mehr Fällen oder höheren Preisen. Das hat der Senat jetzt abgesagt. Die Bezirke bleiben auf den Mehrkosten sitzen und müssen versuchen, woanders zu kürzen. Das geht aber nur bei Dingen, die keine Pflichtaufgaben sind oder anderweitig fest einplant sind. Sparen können sie nur bei den freiwilligen Leistungen – also genau bei den Angeboten, die Kinder, Jugendliche und Bedürftige besonders brauchen. Jugendclubs, Hilfen für Obdachlose, ehrenamtliche Projekte– alles wird gekürzt. Unsere Stadträtin Carolin Weingart hat nicht mal mehr genug Geld, um Info-Flyer zu drucken.

„Eigentlich ist alles so, wie man es von einer CDU-Regierung erwartet: Sie kürzt bei den Ärmsten und Schwächsten. Das Perfide ist, dass sie es nicht offen und ehrlich tut, sondern die Bezirke diese Arbeit erledigen lässt. Der Senat dreht langsam den Geldhahn zu – und die Bezirke müssen dann entscheiden, was sie weglassen und es gibt dabei keine guten Entscheidungen mehr. Am Ende trifft es wieder die, die keine Lobby haben: Kinder, Jugendliche, Obdachlose“, ärgert sich Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender.

Jugendliche protestieren vor dem Rathaus Treptow gegen Kürzungen

Drama, Tränen, Demokratie – Die AfD in der Opferrolle

Wenn Kiezpaten-Wahlen zur Tragödie werden

Von unserer sarkastischen Sonderkorrespondentin für Befindlichkeitsdemokratie

Was war das für ein Theater in der BVV-Sitzung im Mai! Unser Fraktionsvorsitzender Philipp Wohlfeil ließ sich nicht lumpen und servierte uns eine kleine Sternstunde politischer Ironie. Im Zentrum der Szene: die AfD – jene Partei, die sich offenbar zur Königin des politischen Selbstmitleids krönen möchte.

Was war passiert? Ein Mitglied der AfD wurde nicht zum Kiezpaten gewählt. Ja, Sie haben richtig gelesen: nicht zum Kiezpaten. Ein Vorgang, der laut AfD offenbar irgendwo zwischen Menschenrechtsverletzung und institutionellem Völkermord einzuordnen ist.

Opferrolle mit Goldrand

In bester Seifenopern-Manier inszeniert sich die AfD als tragisches Opfer eines Systems, das – man glaubt es kaum – tatsächlich nicht immer ihre Meinung übernimmt. Demokratie, so lernen wir aus dem neuesten AfD-Drehbuch, bedeutet offenbar, dass am Ende immer die AfD gewinnt. Tut sie das nicht, ist das „undemokratisch“. Logisch, oder?

Wohlfeil konterte trocken: Wer die Demokratie nur dann schätzt, wenn das Ergebnis gefällt, hat sie nicht verstanden – oder verwechselt sie mit einem Wunschkonzert.

Rückzug ins Schmollwinkelparlament

Der demokratische Affront – also die Nichtwahl des AfD-Mitglieds – hatte selbstverständlich Folgen. Die AfD zog sich in einer Art dramatisch-heldenhafter Pose zurück, die selbst bei

Shakespeare für betretenes Schweigen gesorgt hätte. Die Konsequenz? Ein Antrag, der das Bezirksamt zum neuen Hüter der Kiezkassen erklären soll. Begründung: Die AfD fühlt sich ausgegrenzt.

Man stelle sich vor: eine Partei, die sonst kaum eine Gelegenheit auslässt, über „linke Gesinnungsdiktatur“ und „Political Correctness“ zu klagen, fordert plötzlich Schutzzonen für gekränkte Abgeordnete.

Kiezkasse in Gefahr! Oder auch nicht.

Aber keine Sorge: Die Kiezkassen werden auch ohne AfD-Tränen überleben. Wohlfeil brachte es auf den Punkt: „Wir lassen uns nicht erpressen.“ Es bestehe kein Grund, wegen eines gekränkten Egos die Verantwortung ans Bezirksamt zu übertragen.

Fazit:

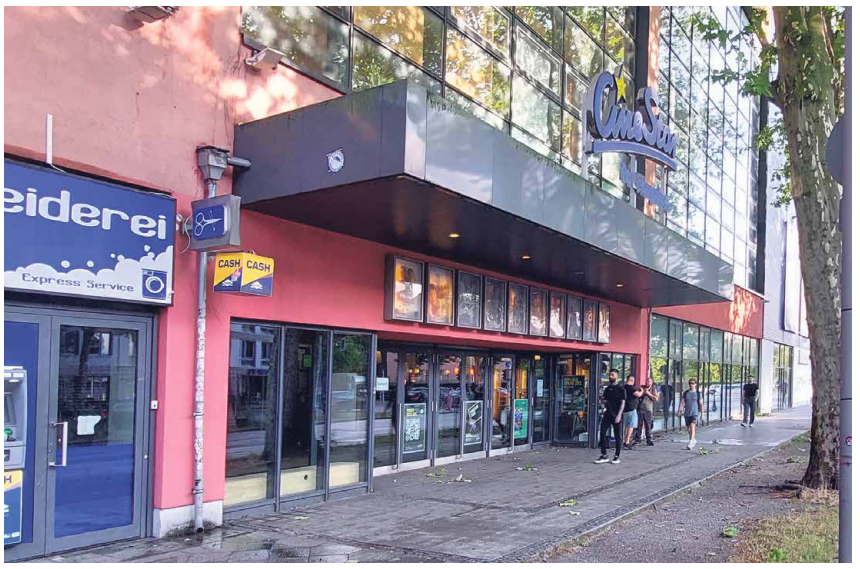
Liebe AfD, Demokratie ist kein Streichelzoo für politische Eitelkeiten. Manchmal gewinnt man, manchmal nicht. Und wer bei einer Kiezpatenwahl schon den Notstand ausruft, sollte sich vielleicht mal überlegen, ob Politik das richtige Hobby ist. Bis dahin empfehlen wir: eine Wärmflasche fürs gekränkte Ego, ein bisschen Reflexion – und vielleicht einen VHS-Kurs in Demokratie für Anfänger.

Die ganze Rede: gleft.de/6h5

CineStar-Gebäude am Treptower Park: Umbau statt Abriss geplant

Linke will Kino retten

Das ehemalige CineStar-Gebäude an der Elsenstraße 115–116 in Berlin-Treptow steht vor einer grundlegenden Umgestaltung. Während viele Anwohnende einen Abriss des Komplexes befürchtet hatten, zeichnet sich nun ein anderes Bild: Der Gebäudekomplex soll umgenutzt und in einen Beherbergungsbetrieb mit 198 Zimmern umgebaut werden. Dies geht aus einer aktuellen Antwort des Bezirksamts Treptow-Köpenick auf Anfrage von Uwe Doering (Die Linke) hervor.



Das CineStar in Alt-Treptow hat schon bessere Tage gesehen.

Der letzte Eigentümerwechsel des Grundstücks erfolgte im Oktober 2015. Seither ist eine juristische Person Eigentümerin des Gebäudes. Aus Datenschutzgründen will das Bezirksamt keine weiteren Details zur Eigentümerstruktur nennen.

Ein erster Schritt zur Neuentwicklung sei im Jahr 2024 vollzogen worden, teilt das Amt mit: Für das Grundstück wurde ein positiver Bauvorbescheid erteilt. Die Vorhabensbeschreibung laute nun: „Umnutzung und Umbau von Gewerbe zu Beherbergung mit 198 Zimmern." Ein Antrag auf Baugenehmigung sei bislang nicht gestellt worden. Auch ein Zeitplan für die weiteren Planungen oder Baumaßnahmen sei dem Bezirksamt derzeit nicht bekannt.

Der aktuell ruhende Bebauungsplan 9-70 VE für dieses Gelände muss dafür voraussichtlich nicht weiter verfolgt werden. Der Grund: Der Investor hat sich gegen einen Neubau entschieden und das Projekt auf die Umnutzung des bestehenden Gebäudes ausgerichtet. Änderungen an der Grundfläche oder der Firsthöhe sind nicht vorgesehen. Der Bebauungsplan hatte den Abriss des Gebäudes und einen Neubau mit 9 Geschossen für Büros und Geschäfte vorgesehen. Ein Abriss des Gebäudes ist laut Bezirksamt nicht geplant. Ebenso gibt es keine bekannten Gespräche mit dem Eigentümer über eine (teil-)öffentliche Nutzung – etwa als kultureller Veranstaltungsort oder Begegnungsstätte.

Mit dem Umbau des früheren Kinokomplexes zu einem Hotelbetrieb bleibt der markante Baukörper am Treptower Park bestehen – jedoch mit völlig neuer Funktion. Was dies für die städtebauliche Entwicklung und das Umfeld bedeutet, bleibt abzuwarten. Klar ist: Das Kino soll verschwinden.

Unterdessen hat sich bei der Linken Treptow-Köpenick eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, die genau das verhindern will. Zusammen mit Anwohnenden, Belegschaft und Betriebsrat soll versucht werden, das Kino zu erhalten und Angebote für Kultur und Soziales zu schaffen. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

● *Uwe Doering*

Ideenwerkstatt zum Erhalt: 9.7.2025, 19 Uhr, Cabuwazi Alt-Treptow

Schulessen für alle

Bestellsystem muss besser werden

Seit der rot-rot-grünen Entscheidung ist das Mittagessen an Berliner Grundschulen kostenlos – in der Praxis kommt es aber nicht bei allen Kindern an. Der Grund: fehlerhafte und schwer zugängliche Bestellsysteme.

In Treptow-Köpenick häufen sich Beschwerden von Schulen und Eltern, dass Kinder leer ausgehen, obwohl sie Anspruch auf ein Mittagessen haben. Besonders betroffen sind Familien ohne passende Endgeräte, mit Sprachbarrieren oder in schwierigen Lebenslagen. Wird das Essen nicht rechtzeitig bestellt, fällt es aus – auch wenn es eigentlich da wäre.

Die Linke hat zusammen mit Grünen beantragt, die Bestellplattformen gemeinsam mit Schulen, Eltern und Essensanbietern zu überarbeiten. Die Systeme sollen barrierearm, mehrsprachig, niedrigschwellig und auch analog nutzbar sein. Zudem sollen Reserveessen eingeplant werden, damit kein Kind hungrig bleibt.

Karin Kant (Die Linke) warnt: „Es ist nicht hinnehmbar, dass Kinder kein Essen bekommen, weil das System versagt – während gleichzeitig Essen weggeworfen wird. Das muss sich dringend ändern." Ziel ist eine einfache und gerechte Lösung, damit wirklich alle Kinder das bekommen, was ihnen zusteht.

Digitale Hilfe

Kitas und Horte modernisieren

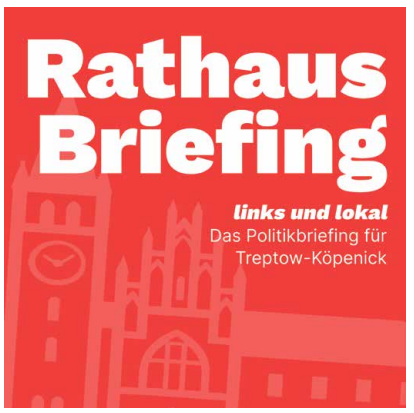
Kitas und die Ergänzende Förderung und Betreuung (eFöB) in Berlin sollen endlich digital besser ausgestattet werden – das fordert die Linke mit einem aktuellen Antrag. Die Software HortPro oder eine vergleichbare digitale Lösung soll berlinweit eingeführt und finanziert werden.

Denn: In vielen kommunalen Kitas und Horten läuft die Organisation noch auf Papier – etwa wer wann abgeholt wird oder welche besonderen Bedürfnisse ein Kind hat. Das kostet Zeit, ist fehleranfällig und erschwert die Kommunikation. Digitale Systeme können genau das vereinfachen – und werden bei freien Trägern längst erfolgreich genutzt.

Das Bezirksamt soll sich nun bei Senatsverwaltung und dem Berliner IT-Dienstleister ITDZ dafür einsetzen, dass solche Software-Lösungen auch den kommunalen Einrichtungen bereitgestellt werden – inklusive gesicherter Finanzierung.

Karin Kant, jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, erklärt:

„Digitale Lösungen erleichtern die tägliche Arbeit in Kitas und Horten und schaffen mehr Zeit für das, was zählt: die Kinder. Es gibt gute, rechtskonforme Software – sie muss nur auch für die öffentlichen Einrichtungen zugänglich gemacht und bezahlt werden." Digitale Gleichbehandlung – das ist das Ziel. Denn gute Betreuung braucht auch moderne Werkzeuge.



Podcast: Rathausbriefing Links und lokal – Unser neuer Podcast für alle, die lieber hinhören als Papier wälzen. Wir erklären die Kommunalpolitik in Treptow-Köpenick: Was passiert im Rathaus, was betrifft dich direkt und wie kannst du mitgestalten?

Mit dem **Newsletter der Linksfraktion** bekommst du News aus dem Kiez, unsere Zeitung Aus dem Rathaus, das blättchen, das Rathausbriefing und exklusive Einblicke – direkt ins E-Mail-Postfach. Jetzt kostenlos abonnieren und informiert bleiben!

Hier reinhören gleft.de/6h6 oder per Newsletter einfach direkt ins Postfach: gleft.de/3UF.

Mietenwucher durch möbliertes Wohnen verhindern

Gegen Miettricks mit Möbeln

Immer öfter werden Mietwohnungen unter dem Deckmantel des möblierten Wohnens auf Zeit zu überhöhten Mietpreisen angeboten, und das ist das Problem. So umgehen Vermieter die Mietpreisbremse und verdrängen Mieterinnen und Mieter aus ihren Kiezen.

Teilweise dreifach über der örtlichen Miete. So gab es unter anderem ein Inserat auf Immobilienscout 24 für eine 66 Quadratmeter große Wohnung in der Elsenstraße für 2.280 Euro Miete. Gesamtmiete. Das sind 30 Euro pro Quadratmeter, und das ist kein Einzelfall. Diese Wohnung in der Elsenstraße liegt übrigens im Milieuschutzgebiet.

Die IBB, die Investitionsbank Berlin, stellt in ihrem Immobilienbericht 2023 zu dem Geschäftsmodell möbliertes Wohnen auf Zeit fest, dass die Entwicklung dieses Segments nicht mehr im Einklang mit den bestehenden mietrechtlichen Regelungen steht. Das sagt die Investitionsbank!

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf hatte ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, aus dem hervorgeht, dass die temporäre Vermietung von möblierten Wohnungen gegen den Milieuschutz verstößt. Im Rechtsgutachten wird darauf hingewiesen, dass beim Wohnzeitmodell diese Wohnung der Wohnbevölkerung nicht mehr zur Verfügung steht, deren Zusammensetzung im Milieuschutzgebiet geschützt werden soll. Der Übergang von einer Dauerwohnung in ein Zeitmodell, so das Rechtsgutachten, ist eine Nutzungsänderung, die genehmigungspflichtig ist. Dieser Auffassung hat sich das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf angeschlossen.

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf wird zukünftig im Sinne des § 172 Baugesetzbuch in den sozialen Erhaltungsgebieten eine Nutzungsänderung von dauerhaftem Wohnen in möbliertes Wohnen auf Zeit unterbinden. Das ist das erste Bezirksamt.

Auch das Bezirksamt Neukölln hat vor wenigen Tagen angekündigt, dass es in den Milieuschutzgebieten das Wohnmodell möbliertes Wohnen auf Zeit grundsätzlich verbieten will, um die soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung zu erhalten. Diese Vermietungspraxis, so der zuständige Stadtrat, stehe den Zielen der Milieuschutzverordnung, die dortige Sozialstruktur zu erhalten und die Mieter vor starken Mietpreissprüngen zu schützen, entgegen.

Auch der Neuköllner Stadtrat weist darauf hin, dass bei der Vermietung von möblierten Wohnungen auf Zeit schnell eine Gesamtmiete von 3.500 Euro für 80 Quadratmeter zustande kommt. Auch das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg hat angekündigt, dass es gegen die Vermietungspraxis möbliertes Wohnen auf Zeit in Milieuschutzgebieten vorgehen will.

Laut RBB 24 hat auch der Regierende Bürgermeister sich dafür ausgesprochen, gegen Verstöße gegen die Mietpreisbremse vorzugehen. Dazu zähle auch das möblierte Wohnen. Zitat des Regierenden Bürgermeisters auf RBB 24 wörtlich: „Da stellt man einen Stuhl rein und schwuppdiwupp gilt die Mietpreisbremse nicht mehr."

Viele haben das Problem erkannt und jetzt muss und sollte auf allen Ebenen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter gehandelt werden. Der Antrag von Linke, SPD und Grüne wurde angenommen.

● *Uwe Doering*

Beschlüsse:

Beschlossen:

IX/0916 Sitzbänke in der Baumschulenstraße instand setzen (SPD, Die Linke)

IX/0950 Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche (Die Linke, SPD, B'90Grüne)

IX/0998 Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums (CDU, Die Linke Beitritt: B'90Grüne, Einzel.-BzV (FDP))

IX/0945 Eingangsbestätigung für E-Mails versenden (Die Linke, Beitritt Einz.-BzV (FDP))

IX/1000 Kein „möbliertes Wohnen auf Zeit" (Die Linke, SPD, B'90Grüne)

In die Ausschüsse überwiesen:

IX/1024 Verbesserung der Essensversorgung an Grundschulen in Treptow-Köpenick (Die Linke, B'90Grüne)

IX/1029 Digitalisierung in Kitas und der ergänzenden Förderung und Betreuung: Verantwortung übernehmen – Software bereitstellen! (Die Linke)

IX/1032 Lichtsignalanlage für die Kreuzung Nipkowstraße / Radickestraße (Die Linke, SPD, B'90Grüne)

IX/1055 Runder Tisch „Pflege" (Die Linke, B'90Grüne)

IX/1065 Maßvolle Entwicklung der ehemaligen Kaserne Hessenwinkel (SPD, Die Linke, B'90Grüne)

IX/1067 Gegen den verkehrspolitischen Rückwärtsgang – Kungerkiezblock weiter umsetzen (B'90Grüne, SPD, Die Linke)

Details zu allen Anträgen gibt es beim Bezirksamt: gleft.de/5my

Mehr zu Linken Anträgen gibt es hier: gleft.de/4lx

Bezirksamt blockiert Fahrradstraße

Linke kritisiert Entscheidung

Ein durchgängiger, sicherer Radweg von der Regattastraße bis zur Köpenicker Straße – entlang des Teltowkanals, vorbei am Adlergestell und unter der Stelling-Janitzky-Brücke hindurch: Was wie eine logische Maßnahme für mehr umweltfreundliche Mobilität klingt, wird in Treptow-Köpenick vorerst nicht Realität. Das Bezirksamt hat die Einrichtung einer Fahrradstraße auf der Strecke abgelehnt – sehr zum Unverständnis der Linksfraktion, die das Vorhaben 2019 initiiert hatte.

Bereits 2020 hatte die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) nach rund sechs Monaten Beratung beschlossen, die Route als Fahrradstraße auszuweisen. Ein weiteres Element: Die bisher nur schwer passierbare Sandpiste unter der Stelling-Janitzky-Brücke sollte fahrradtauglich hergerichtet werden. Doch laut aktuellem Bericht des Bezirksamts scheitert das Projekt nun an angeblichen Sicherheitsbedenken.

Demnach könne auf der Straße „Am Kanal" keine Fahrradstraße eingerichtet werden, da dort keine durchgängigen Gehwege vorhanden seien. Zudem würden durch die Maßnahme angrenzende Straßen zu Sackgassen – Argumente, die Verkehrspolitiker André Schubert (Die Linke) als „abenteuerlich und unbegründet" zurückweist.

„Wenn das Amt sagt, die Straße sei mit dem aktuellen Autoverkehr sicherer als mit dem Radverkehr, dann ist das schlicht falsch", so Schubert. „Beispiele aus anderen Berliner Bezirken zeigen deutlich, dass Fahrradstraßen auch ohne begleitende Gehwege funktionieren. Und Sackgassen entstehen auch nicht zwangsläufig – Anliegerverkehr ist weiterhin möglich, Radfahrende haben lediglich Vorrang."

Trampelpfad und Sandweg – unter dem Adlergestell ist das Radfahren schwierig

Auch der zweite Teil des Projekts – die Unterführung unter der Brücke – wird vom Bezirksamt blockiert. Hier müsste mit der Eigentümerin der Fläche, dem Bundeswasserstraßen- und Schifffahrtsamt, verhandelt werden. Doch laut Schubert sei dies bislang schlicht unterblieben. Stattdessen verweise das Amt lediglich auf negative Erfahrungen aus der Vergangenheit.

Für die Linksfraktion ist das ein Zeichen mangelnden politischen Willens. „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Radweg. In anderen Teilen Berlins wird das vorgemacht", so Schubert. „Die Verwaltung in Treptow-Köpenick hinkt hinterher. Wir wollen das ändern." ●

Planspiel: Politik in echt

Azubis schlüpfen in Rollen der Bezirksverordneten

Was ist das „Planspiel BVV“? Das ist sozusagen ein Rollentausch, in dem Auszubildende im Beruf Verwaltungsfachangestellte des Bezirksamtes zu „Bezirksverordneten“ werden, die in Fraktionen eine BVV-Sitzung vorbereiten, Anfragen und Anträge erstellen und unter Sachzwang Entscheidungen treffen. Fachliche Unterstützung bekommen sie von echten Verordneten der echten BVV-Fraktionen. Organisiert wird das seit einigen Jahren von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Überraschender Weise brauchte man sich in Sachen Praxisnähe gar keine Sorgen zu machen. Die Themen, die die „Verordneten auf Zeit“ z.B. zu Anträgen an das Bezirksamt verarbeiten wollten, waren überhaupt nicht neu, waren so oder ähnlich schon mal Gegenstand der „echten“ BVV-Arbeit:

- Bereitstellung von Parkplätzen für die MitarbeiterInnen des Bezirksamtes an den entsprechenden Liegenschaften
- Aufstellung von Wasserspendern / Trinkbrunnen auf frequentierten Straßen und Plätzen des Bezirkes
- Aufstellung von Mülltonnen mit Flaschenhaltern
- Bau einer Fuß- und Radwegbrücke von Wendenschloß nach Grünau

Jedes Thema wurde von einer anderen „Fraktion“ erarbeitet unter tatkräftiger Hilfe jeweils der „echten“ Verordneten einer BVV-Fraktion.

Das Parkplatzthema wurde vom Vertreter der CDU-Fraktion begleitet, die Mülltonnen mit Flaschenhalter von den Grünen, die SPD arbeitete mit am Antrag zum Brückenbau und die Linke fand das Aufstellen von Trinkbrunnen wichtig.

Die formulierten Anträge gingen dann den anderen Fraktionen zur Beurteilung zu.

Das Planspielfinale – also die BVV mit den jugendlichen Bezirksverordneten – folgt dann am 1. Juli. Diese Sitzung wird vom Vorsteher der BVV Herrn Groos geleitet und durch den Bezirksbürgermeister Herrn Igel unterstützt. Hier wird sich zeigen, welcher der Anträge mit guten Argumenten Mehrheiten findet.

Eine Feinheit ist übrigens, dass die beschlossenen Anträge tatsächlich ihren Weg in die Arbeit der bezirklichen Ämter gehen sollen. Somit kann es sein, dass die künftigen Verwaltungsfachangestellten sich mit um die Umsetzung ihrer Beschlüsse zu kümmern haben.

● *Edith Karge*

Halfen den AZUBIs in die Rolle von Verordneten: Manuel Tyx (SPD), Edith Karge (Linke), Sven Dohnalek (Grüne), Josefine Brandt (SPD), Jonas Geue (CDU)

Foto: Petra Reichardt

Erfolg für die Erinnerungskultur in Alt-Treptow

Ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick zeigt Wirkung: An den zentralen Kreuzungen der Karl-Kunger-Straße wurden jetzt Straßenzusatzschilder mit Informationen über Karl Kunger montiert. Der Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus wurde 1943 im Gefängnis Plötzensee ermordet. Bislang erinnerte nur ein einziges Schild in der Straße an ihn. Nun tragen auch die Kreuzungen mit der Lohmühlenstraße, Krüllstraße, Bouchéstraße, Wildenbruchstraße und Elsenstraße entsprechende Zusatztafeln.

Karin Kant (DIE LINKE), Mitinitiatorin des Antrags, betont: „Gerade in Zeiten zunehmender rechter Gewalt ist es wichtig, antifaschistische Akteure sichtbar zu machen. Politische Bildung gehört auch in den öffentlichen Raum.“

Mit den Schildern wird ein klares Zeichen für Erinnerungskultur und gegen das Vergessen gesetzt.

Neue Stolpersteine in Oberschöneweide

In der Wilhelminenhofstraße 36 in Oberschöneweide erinnern seit Kurzem drei glänzende Stolpersteine an das Leben und das Leid der jüdischen Familie Prager. Fast vier Jahrzehnte lebten Rosa, Ludwig und ihre Tochter Catharina (genannt Käte) hier, führten Textil- und Schuhgeschäfte, engagierten sich in der jüdischen Gemeinde und nahmen aktiv am kulturellen Leben Berlins teil. Doch mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten zerbrach ihre Existenz. 1943 wurde Ludwig Prager nach Theresienstadt deportiert, wo er wenige Monate später starb. Rosa überlebte das Ghetto, floh 1945 mit einem Sondertransport in die Schweiz, verstarb aber ein Jahr darauf. Ihre Tochter und weitere Angehörige wurden ermordet. Nur Sohn Siegfried entkam der Verfolgung, dank seiner nichtjüdischen Frau. An der feierlichen Verlegung der Gedenksteine nahmen rund 50 Menschen teil, darunter Schüler*innen und Vertreter des Bezirks. Die Steine halten nun die Erinnerung an eine Familie wach, deren Leben brutal ausgelöscht wurde bzw. werden sollte.

Bürgersprechstunde

Bezirksstadträtin und Leiterin der Abteilung Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe, **Carolin Weingart**, **Donnerstag, 17. Juli 12– 14 Uhr** (telefonisch oder vor Ort) Hans-Schmidt-Straße 16, 12489 Berlin, Raum 131, Anmeldung unter: (030) 902 97 59 88

KONTAKT

Fraktion in der BVV
Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Tel. (030) 533 76 07
mail@linksfraktion-tk.de
Sprechzeiten:
Mo, Do 15.00–18.00 Uhr
Dienstag 12.00–17.00 Uhr
Sprechzeiten nach Voranmeldung
www.linksfraktion-tk.de
linksfraktiontk

IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift der Fraktion
DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick
Redaktion: Edith Karge, Joseph Rohmann
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick,
Redaktion Aus dem Rathaus,
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: LR Druckerei GmbH
Straße der Jugend 54, 03050 Cottbus
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24.06.2025
Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint am Montag, 29. September
Redaktionsschluss dafür: Di 16.09.25

Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten für unsere Bezirkszeitung decken zu können, ist eine Spende von mindestens 25 Cent für jede Ausgabe hilfreich. Allen Spendern herzlichen Dank für die Unterstützung.
Überweisen Sie Ihre Spende bitte an: DIE LINKE Berlin
IBAN: DE59100708480525607803
BIC: DEUTDEDB110, Berliner Bank AG
Verwendungszweck: 502-810, sowie Name, Vorname und Anschrift angeben

Übrigens: Die Linke nimmt keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten an.

Foto: Olaf Gerlach

Das Ziel muss es sein, so Jan van Aken, die zuletzt gestiegene Gefahr eines Weltkriegs wieder auf 0,001 % zu senken!

Worte statt Waffen!

Diskussion zum Frieden im Rathaus

Kurz nach den Angriffen Israels und der USA auf den Iran ist klar: Wege zum Frieden sind dringend zu diskutieren. Mehr als 100 Teilnehmer*innen kamen dafür am 24. Juni ins Rathaus Treptow. Jan van Aken, Parteivorsitzender der Linken, anerkannter Friedensaktivist und Abrüstungsexperte, betonte, dass dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg wie alle Angriffskriege abzulehnen sei. Er hoffe, dass der Waffenstillstand zwischen Israel und Iran halten könne. Denn der Iran sei ohne militärische Stärke für einen längeren Krieg und seine Verbündeten Hamas und Hisbollah durch Israels Kriege gelähmt. Es gibt keinerlei Nachweise für ein iranisches Atomwaffenprogramm. Und gerade das Atomabkommen habe durch Diplomatie eine militärische Eskalation verhindert, bis Trump 2018 aus diesem ausstieg. Die Linksfraktion im Bundestag verteidigt weiter als einzige konsequent das Völkerrecht und hat das zynische Kanzler-Gerede von der „Drecksarbeit“ vehement kritisiert. Ein Waffenstillstand in Gaza sei aber nicht in Sicht, bisher wurden alle Versuche durch die Faschisten in der israelischen Regierungskoalition verhindert. Der internationale Druck auf diese Regierung muss spürbar wachsen: eine Menschenrechtsverletzung könne niemals eine andere rechtfertigen, weshalb der Krieg gegen das palästinensische Volk sofort enden müsse!
Kerstin Wolter, Berliner Landesvorsitzende, betonte, dass Die Linke konsequent für das Völkerrecht eintritt, dabei aber nie an der Seite autoritärer Regime stehe. In Berlin sei dies wichtig, hier lebt die größte palästinensische Community Europas und Berlin ist Zentrum jüdischen Lebens. Respektvolle Gespräche zwischen den Communitys müssen gelingen, damit gegen Wut und Hass Solidarität und Verständnis wachse. Jan van Aken trat noch einmal für Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine ein. Die Gespräche Donald Trumps mit Wladimir Putin seien das nicht, denn Trump verfolge eigene imperialistische Ziele und suche wirtschaftliche Deals. Die Ukraine muss mit an den Verhandlungstisch, wenn Friedensverhandlungen Bestand haben sollen. Jenseits der militärischen Logik kann man der Ukraine helfen, mit Sanktionen oder dadurch, China für eine Verhandlungsinitiative zu gewinnen, so Jan van Aken. Es gelte immer das Primat des Zivilen, um Frieden zu schaffen. Die NATO ist eben keine Wertegemeinschaft, sondern ein militärisches Machtbündnis.
Die Militarisierung der „Zeitenwende“ lehnten alle im Saal einhellig ab. Kerstin Wolter zeigte, wie Berliner*innen schon jetzt von Aufrüstung betroffen sind: durch massive Kürzungen in der sozialen Infrastruktur.Das NATO-Ziel von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung erhöht die jährlichen Ausgaben um 70 Milliarden Euro. Davon könnten 500.000 Sozialwohnungen gebaut werden! In Berlin sollten wir protestieren, wenn zivile auf militärische Produktion umgestellt werde, wie bei Rheinmetall im Wedding. Aufrüstung bedeute auch Militarisierung im Alltag, begleitet von einem antifeministischen Rollback. Militarismus fördert Gewalt. Der Soldat wird wieder als Held beschworen, wie beim Gelöbnis vor dem Abgeordnetenhaus in Berlin. Sie freue sich, dass wieder mehr junge Menschen protestieren, zum Beispiel gegen die Wehrpflicht. Einigkeit herrschte, dass gegen diese allseitige Militarisierung Widerstand und eine breite Friedensbewegung organisiert werden müssen. Das bleibt für Die Linke ein zentrales Thema!

Sonja Kemnitz und Fabian Wisotzky

Gegen den Kriegswahnsinn der Regierung

Spontane Friedensaktion am Straßenrand

„Bundeskanzler Merz will die Reichweite deutscher Marschflugkörper verlängern. Ohnmacht und Sorge vor Kriegsbeteiligung war mein vorrangiges Gefühl. Wer, wenn nicht wir von der Partei Die Linke, sollte sofort auf die Straße gehen.
Der Funke sprang schnell bei Gleichgesinnten über. Wir, drei Frauen vom Zusammenschluss „Auch wir sind die Linke”, handelten schnell: Ein Plakat entstand, Vorstand und Polizei wurden informiert und Genoss*innen im Bezirksverband aufgerufen. So standen 24 Mitstreiter*innen – nicht nur Parteimitglieder – am 04. Juni an zwei staugeplagten Kreuzungen der Schnellerstraße und hielten den Autos unsere Plakate entgegen. Die Zustimmung war größer als erwartet und Leute reden darüber. In einer Sportgruppe rätselte man, wer die denn waren, die da bei Regen protestierten.
Ein Passant fragte übrigens, wo die jungen Leute seien, um deren Zukunft es hier gerade geht. Sie sollten Reinhard Meys Lied „Nein, meine Söhne geb` ich nicht” hören. Dann wird klar, warum wir „Alten“ gegenhalten.

Helga Lechner-Gerasch

Bürgersprechstunden

Gregor Gysi, MdB
Montag, 14. Juli
von 12–18 Uhr
im Bürgerbüro Gregor Gysi,
Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Anmeldungen bitte bei
André Schubert unter 63 22 43 57

KONTAKT

Geschäftsstelle Treptow-Köpenick
Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de
Öffnungszeiten:
Montag 13.00 –17.00 Uhr
Donnerstag 10.00–16.00 Uhr
Kassenzeiten:
Montag 29.9.2025 (blättchen-Tag)
13.00 – 15.45 Uhr

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA
Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin
Tel. 80 93 27 58
buero.gennburg@linksfraktion.berlin
Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB
Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de
Sprechzeiten:
Mo + Mi 13.00 – 16.30 Uhr
Kassenzeiten Brückenstraße:
Montag 28.4.2025 (blättchen-Tag)
13.00 – 15.45 Uhr

www.dielinke-treptow-koepenick.de

dielinketk

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
Redaktion: Edith Karge, Joseph Rohmann
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: LR Druckerei GmbH
Straße der Jugend 54, 03050 Cottbus
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24.06.2025
Erscheinungstag blättchen 308: Mo. 29.09.2025
Redaktionsschluss dafür: Di 16.09.25
Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.

Die Linke Hilft: Ein offenes Ohr und konkrete Hilfe

Interview mit Saskia über die Sozialsprechstunde

Saskia, was genau ist eine Sozialsprechstunde – und an wen richtet sie sich?
Die Sozialsprechstunde ist ein niedrigschwelliges Hilfsangebot für Menschen mit ganz unterschiedlichen Anliegen – etwa bei Problemen mit der Wohnung, der Arbeit oder mit Behörden. Wir bieten eine schnelle und unbürokratische Erstberatung auf Augenhöhe. Das Angebot ist offen für alle, unabhängig von ihrer politischen Haltung.

Welche Anliegen bringen die Menschen typischerweise mit?
Viele kommen wegen Schwierigkeiten mit Sozialleistungen. Oft geht es um abgelehnte Anträge, gekürzte Leistungen oder Unsicherheiten im Umgang mit Ämtern.

Wie läuft so eine Beratung ab?
Ratsuchende können mit oder ohne Termin vorbeikommen. Es gibt Snacks, Getränke und einen gemütlichen Wartebereich. Zwei Berater:innen führen dann das Gespräch, hören zu und erarbeiten gemeinsam Lösungsansätze.

Gibt es einen Moment, der dir besonders in Erinnerung geblieben ist?
Besonders eindrücklich sind Gespräche, bei denen Menschen zum ersten Mal ausführlich über ihr Problem sprechen können. Viele fühlen sich sonst nicht ernst genommen. Auch wenn wir nicht immer alles im Moment lösen können, spüren wir oft, dass Zuhören und Zeit schenken schon viel bewirkt.

Was könnt ihr leisten – und wo sind Grenzen?
Wir helfen beim Ausfüllen von Anträgen, beim Verfassen von Schreiben oder beim Finden der richtigen nächsten Schritte. Eine vollständige Rechtsberatung dürfen wir allerdings nicht anbieten.

Wie reagieren die Menschen auf das Angebot?
Die Resonanz ist durchweg positiv. Selbst wenn wir nur kleine Schritte gehen konnten, war bisher jede:r dankbar für das offene Ohr und die Unterstützung.

Was motiviert dich persönlich für diese Arbeit?

Ich will mein Wissen dort einsetzen, wo es gebraucht wird. Viele erleben Behörden als unnahbar oder sogar diskriminierend. Ich weiß, dass das ein strukturelles Problem ist – aber ich möchte wenigstens im Kleinen etwas verändern.

Wie kann man euch unterstützen?
Wir treffen uns jeden 4. Donnerstag im Monat um 19:00 Uhr in der Brückenstraße 28 zur internen Besprechung. Interessierte sind herzlich willkommen – ob als zukünftige Berater:innen oder in der Organisation.

Was wünscht ihr euch für die Zukunft?
Wir hoffen, dass weiterhin viele Menschen zu uns finden und wir ihnen helfen können – und dass sich unser Wissen stetig erweitert, um noch besser zu unterstützen.

Interview Stefan Müller

Sozialsprechstunde
Jeden 3. Donnerstag im Monat,
Brückenstraße 28,
12439 Berlin

Termine

Mo, 21.7.// 15 Uhr
AG Seniorenpolitik
Thema: Beratung der Wahlstrategie des Landesvorstands der Partei Die Linke unter dem Motto „Wir nehmen den Kampf um Berlin auf“.
Es geht um seniorenpolitische Aspekte und Schwerpunkte für den Wahlkampf zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung 2026 in der Geschäftsstelle Gregor Gysi, Brückenstraße 28

Die Linke liefert – Einkaufshilfe in Johannisthal gegründet

Nach REWE-Aus: Hilfe für Betroffene organisiert

Da hört man ja gerade schon einiges aus dem beschaulichen Johannisthal. Der REWE am Sterndamm 140 (Nähe Lindhorstweg) ist seit dem 14.06. geschlossen und die Bürgerinitiative Johannisthal sammelt seit Monaten fleißig Unterschriften für die Sicherstellung der Lebensmittel-Nahversorgung vor Ort. Immerhin sind etwa 10.000 Menschen betroffen. Die Schließung trifft gerade ältere und mobil eingeschränkte Menschen, für die eine fußläufige Einkaufsmöglichkeit weggebrochen ist. Die Informationen zum Geschehen ändern sich derzeit wie das Wetter.
Der REWE musste schließen, weil der Mietvertrag ausgelaufen ist und das Grundstück ALDI gehört. Und dort gibt es derzeit ein großes Hin und Her, was mit dem Objekt passiert. So wird von einem ALDI-Neubau in der Winckelmannstraße gesprochen und deshalb einer Zwischennutzung des ehemaligen REWE-Gebäudes. Aber vieles, was dazu gerade erzählt wird, ist blanke Spekulation.
Das interessiert die vor allem älteren Anwohner*innen wenig, wenn sie nicht wissen, wo sie ihr Hab und Gut für den täglichen Bedarf her bekommen.
Da kommt die Linke Johannisthal ins Spiel: Die Genoss*innen vor Ort haben eine Einkaufshilfe für Menschen eingerichtet, die Unterstützung beim Einkaufen benötigen. Darüber wurde an Info-Ständen und über Flyer in den Briefkästen informiert.
Dennoch gibt es viel Verwirrung: „Nur für Mitglieder der Linken“ heißt es von einer Anwohnerin. „Bin ich hier richtig bei der Jungen Union?“ fragt eine Anruferin unseren Genossen Fabian, während er gerade das Infotelefon betreut. Leonie klärt auf: „Nein, wir kaufen natürlich nur das, was ihr haben wollt, auch wenn die vegane Bärchenwurst von der REWE-Frischetheke wirklich sehr lecker ist!“. Das ganze passiert ganz unkompliziert, ohne Parteimitgliedschaft und ohne vegetarische Zwangsdiät! Gern wird der Einkauf auch begleitet und die schwere Tasche nach Hause getragen.

Die Johannisthaler Linke_Einkaufshilfe ist täglich zwischen 10–17 Uhr unter der Telefonnummer 0177 239 07 69 erreichbar.

Mari Zaech

Mitglieder der Linken Johannisthal sind bereit zu helfen

Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: www.dielinke-treptow-koepenick.de